



«Politik und Verwaltung sollten aus eigenem Antrieb bestehende Systeme und Regelungen regelmässig auf Nutzen und Aktualität untersuchen.»

Finanzausgleich, Zuwanderung und Wachstum

«In Liechtenstein hat sich eine liberale Wirtschaftspolitik entwickelt und gefestigt»

Die gemeinnützige «Stiftung Zukunft.li» versteht sich als ein liberaler Thinktank für die Aufarbeitung von Themen aus der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die für die nachhaltige Entwicklung und die Zukunftssicherung Liechtensteins relevant sind. Die Stiftung pflegt den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Forschungsergebnisse Dritter oder im Auftrag der Stiftung erstellte Studien sollen für die Praxis nutzbar gemacht werden. Die «lie:zeit» hat sich mit dem Geschäftsführer der Stiftung, Thomas Lorenz, über aktuelle Fragen unterhalten.

Interview: Fürstl. Rat Walter B. Wohlwend

Die «Stiftung Zukunft.li» nimmt für sich in Anspruch, «unabhängig» und «transparent» zu sein. Ganz ehrlich, Herr Lorenz, kann in Liechtenstein diesen Ansprüchen wirklich und langfristig nachgelebt werden?

Thomas Lorenz: Aber natürlich – wenn die Spielregeln klar sind und sich alle daran halten, dann ist das doch kein Problem. In unserer Organisation klappt das hervorragend. Es gibt eine «Förderstiftung Zukunft.li», in welcher die Geldgeber vertreten sind und die sich vorrangig um die Finanzierung kümmert. Und es gibt die «Stiftung Zukunft.li» mit einem eigenen Stiftungsrat und der Geschäftsstelle, in welcher die Themen gesucht und beschlossen werden, welche die Stiftung behandeln soll und wo die Projektumsetzung erfolgt. Ich habe diese Stelle Mitte 2015 angetreten, und noch kein einziges Mal hat mich jemand von der Geldgeberseite angerufen, um Einfluss auf die Arbeit der «Stiftung Zukunft.li» zu nehmen. Einmal im Jahr treffen wir uns in der «Fördererversammlung», wo die Geldgeber direkt über die Aktivitäten der Stiftung informiert werden und wo ein Gedankenaustausch stattfindet. Sie sehen – wenn sich alle an die vereinbarten Spielregeln halten, klappt das wunderbar.

Seit der Gründung des Zukunftsbüros haben Sie bereits mehrere politisch heisse Eisen aus dem Feuer gezogen. Nehmen wir die Forderung nach einer Neuausrichtung unseres Finanzausgleichs: Ist es realistisch, wenn man die reichen und sehr reichen Gemeinden, die selbst nicht vom Finanzausgleich profitieren, dazu zwingt, «ärmeren» Kommunen etwas von ihrem Reichtum abzugeben?

Sie sprechen den horizontalen Finanzausgleich an. Dieser setzt das Verständnis voraus, dass die Gemeinden nicht die gleichen wirtschaftlichen Möglichkeiten haben und deshalb ein Stück weit auch Solidarität unter den Gemeinden gefragt ist. Wichtig ist es, das richtige Mass an

Ausgleich zu finden, damit die finanzstarken Gemeinden nach wie vor ein Eigeninteresse daran haben, eine aktive Wirtschaftspolitik im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu betreiben. Das ist aber nur ein Teil unseres Vorschlags für eine Neuausrichtung des Systems, allerdings ein unverzichtbarer. Wir gehen aber noch weiter und schlagen vor, dass in einem solchen System besondere Lasten einzelner Gemeinden berücksichtigt werden und längerfristig die Gemeindeautonomie, aber damit auch die Verantwortung für die eigenen Entscheide gestärkt werden sollen. Und ja, ich halte eine Neuausrichtung nicht nur für realistisch, sondern für ein gesundes Zusammenspiel von Land und Gemeinden langfristig auch für notwendig.

Die «Stiftung Zukunft.li» bezeichnet sich selbst als liberaler Thinktank für die Aufarbeitung von Themen aus Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die für die Zukunftssicherung Liechtensteins relevant sind. Wie liberal ist Liechtenstein wirklich? Und wie gross sind die Chancen, dass die politischen Vorschläge der Denkfabrik auch umgesetzt werden?

Ich bin der Meinung, dass sich in Liechtenstein in den letzten Jahrzehnten eine liberale Wirtschaftspolitik entwickelt und gefestigt hat. In einzelnen Themen sind wir z. B. auch durchaus liberaler als die Schweiz. Nehmen Sie etwa die Regelungen in der 2. Säule. In der Schweiz werden wichtige Grössen wie ein technischer Zinssatz oder der Umwandlungssatz politisch vorgegeben. Das ist meines Erachtens nicht nur falsch, sondern gefährlich. In Liechtenstein gibt es in der zweiten Säule einerseits eine starke Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, andererseits können die Verantwortlichen in den Pensionskassen die wichtigen Entscheide ohne gesetzlich einschneidende Vorgaben auf der Grundlage objektiver Kriterien fällen. Das ist ein Beispiel für Rahmenbedingungen, die nicht aufgeweicht werden dürfen. Was

andererseits meines Erachtens zu wenig spielt, ist, dass Politik und Verwaltung aus eigenem Antrieb bestehende Systeme und Regelungen regelmässig auf Nutzen und Aktualität untersuchen und Regelungen hinterfragen.

Neuausrichtung des Finanzausgleichs, Wachstum und Zuwanderung, Kosten und Reorganisation der Alterspflege in einer Zeit, da die Menschen immer älter und ihre Pflege und Versorgung teurer und umfangreicher werden. Ist unsere Nähkästchen-Politik im Mikrostaat damit nicht zunehmend überfordert?

Was ist denn eine Nähkästchen-Politik? Wenn Sie damit die Komplexität von politischen Fragestellungen ansprechen, dann glaube ich gerade bei diesen Themen, die Sie ansprechen, nicht, dass die Politik überfordert ist. Sie sind in ihrer Komplexität wohl hoch, können aber verständlich aufbereitet und politisch diskutiert werden. Die Herausforderungen liegen wohl eher in sehr fachspezifischen Agenden wie z. B. bei Regulierungen im Finanzbereich.

Es gibt Frauen und Männer in diesem Land, die der aus wirtschaftlichen Gründen verständlichen Liberalisierung der Zuwanderung kritisch gegenüberstehen. Die schweizerische Masseneinwanderungsinitiati-

ve, die das Modell «Wohnen in der Schweiz und arbeiten als Grenzgänger in Liechtenstein» langfristig nach wie vor in Frage stellt, könnte die Zuwanderung über Nacht verändern. Ein Fall für die «Stiftung Zukunft.li»?

Es ist richtig, dass dieses Modell nach der Abstimmung in der Schweiz in Gefahr schien. Wenn die Umsetzung der Initiative in der Schweiz so bleibt, wie beschlossen, dann dürfte sich allerdings kaum etwas ändern. Die «Stiftung Zukunft.li» hat diese und weitere Fragestellungen Ende letzten Jahres in der Publikation «Knacknuss Wachstum und Zuwanderung» thematisiert. Wir stellen uns auf den Standpunkt, dass die heutige Sonderlösung, die Liechtenstein in Bezug auf die Zuwanderung mit den EU-/EWR-Staaten kennt, beibehalten werden soll, und eine Öffnung des Landes in Richtung volle Personenfreizügigkeit langfristig nebst volkswirtschaftlichen auch andere negative Folgen für das Land hätte. Aber das Thema ist auf der Schweizer Seite nach wie vor im Fluss. Für eine Aufgabe der Sonderlösung gäbe es meines Erachtens nur dann einen Grund, wenn die Unternehmen in Liechtenstein auf dem Arbeitsmarkt so eingeschränkt wären, dass Liechtenstein als Wirtschaftsstandort von dieser Seite her in Frage gestellt würde.

